2€/4€ Solidaritätspreis
www.sozialistischeoffensive.net
SO Sozialistische Offensive
CWI cit-clo

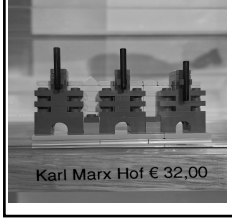
OFFENSIV

Nr. 30, Winter 2026/27
SOZIALISTISCHE ZEITUNG für Arbeiter*innen und Jugendliche



Endlose Krisen?

Die Reichen sollen zahlen!



Wohnen ist ein großes Geschäft und wird immer teurer. Wie kann das Grundrecht auf Wohnen erreicht werden - verschiedene Konzepte im Test. **Seite 3**



Die **FPÖ** ist brandgefährlich - aber nicht unbesiegbar. Warum Rechte Wahlerfolge haben und wie sie erfolgreich bekämpft werden können. **Seite 6**

SPÖ Auch ohne Babler in der Krise!

Statt nach der „Entsorgung“ von Babler in den Umfragen durchzustarten, dümpelt die SPÖ weiter dahin. Dabei hatten der SPÖ-Machtapparat und die Medien unermüdlich gepredigt, dass nur ein „pragmatischer“ Kurswechsel die SPÖ aus dem Tief holen könnte.

Von Albert Kropf, SO-Wien

Auslöser für den parteiinternen Putsch war eine Hetzjagd des Gratis-Boulevards. Die bürgerlichen Medien schossen sich von Beginn an auf Babler ein. Den absurden Höhepunkt dieser Tragikomödie bildete die Ansage Zeilers, den SPÖ-Vorsitz übernehmen zu wollen: Ein neoliberaler Medienmanager ohne Programm und Basis. Obwohl Babler erst im März mit über 80% ohne Gegenkandidatur wiedergewählt worden war. Zeilers Ankündigung genügte als Alibi, um Babler abzuschießen. Der Apparat hat Druck und Hetze gegen Babler nicht abgewehrt, sondern weitergereicht, weil ihre persönlichen Karrieren an Regierungsämtern, Landesposten und der Gunst der Unternehmen hängen. Am Ende entschied also weder ein Parteitag noch die SPÖ Mitgliedschaft. Ein Kreis aus Landesfürsten und Spitzenfunktionär*innen legte im Hinterzimmer fest, dass Babler gehen muss. Das ging so leicht, weil Babler die vielen tausend ursprünglichen Unterstützer*innen nicht zu aktiven Mitstreiter*innen für sein ursprüngliches Programm machte, sondern stattdessen auf Bündnisse innerhalb des Apparates setzte.

Die Säuberung der linken Illusionen

Was jetzt beseitigt wurde, war nicht nur eine Person, sondern jedes noch so bescheidene linke Reformversprechen. Alle Vorhaben, die auch nur ansatzweise an den Profiten und Vermögen der Konzerne und Eliten kratzen – sei es Arbeitszeitverkürzung, Vermögenssteuer oder gar das bloße Aussprechen des Wortes „Marxismus“ –, wurden vom SPÖ-Machtapparat in den Boden gestampft! Schon die Erinnerung an eine klassenorientierte Politik war zu gefährlich. Es ist ein Versprechen der SPÖ an Wirtschaft und reiche Eliten.

Das ist alles nichts Neues. Die Militant-Tendenz (heute Socialist Party, CWI in England & Wales) kämpfte in den 1980er-Jahren in Liverpool gegen Kürzungen und wurde dafür von der Labour-Führung ausgeschlossen. Corbyn, der mit hunderttausenden neuen Mitgliedern angetreten war, scheiterte am Widerstand von Parlamentsapparat und bürgerlicher Presse. Wer diese Parteien zurückerobern will, ohne diese Strukturen zu brechen, wird scheitern.

Der Kniefall der SPÖ ist tief. Der Chefökonom der Arbeiterkammer Marterbauer wurde von Babler ins Finanzministerium geholt. Sein Budget betoniert die Sanierung des Staatshaushalts auf dem Rücken der Beschäftigten, Jugendlichen und Pensionist*innen ein, während ÖVP und Neos weiterhin Geschenke verteilen. Als neuer Vizekanzler gehandelt, zeigt sich Marterbauer bei fast allen Wünschen – selbst bei den Pensionen – gesprächsbereit. Dabei hat das Brechen der Babler-Versprechen und das Akzeptieren der Kürzungspolitik die FPÖ genau nicht ausgebremst, sondern in den Umfragen nach oben schießen lassen. Genau diesen Kurs will Marterbauer fortsetzen und ebnet damit Kickl den Weg ins Kanzleramt.

Eine kampffähige Basis aufbauen!

Brisant ist die Situation auch für die KPÖ-Graz, die nach der Wiederwahl wegen der Verschuldung ins Fadenkreuz der Medien geraten ist. Ein Wahlerfolg bedeutet noch keine Kampfkraft. Mit knapp über 220 Mitgliedern fehlt eine Basis, die Angriffe abwehren könnte. Und die Angriffe kommen: Budgetdruck von Land und Bund, Kürzungen bei Sozialem und Wohnen, eine Medienkampagne, sobald der Gegenwind einsetzt. Die KPÖ wird diesen Druck nicht allein mit Verwaltungsgeschick oder “sozialerem” Sparen zurückschlagen können. Dann reicht eine sympathische Verwaltung nicht aus – dann braucht es den organisierten Widerstand auf der Straße und in den Betrieben.

Ohne eine starke, massenhaft verankerte politische Organisation wird es also schwer – in Graz genauso wie in ganz Österreich. Es braucht eine Partei, die nicht in bürgerlichen Institutionen und ihrer kapitalistischen Logik gefangen ist, sondern als echte, kämpferische Interessenvertretung der Menschen handelt. Eine Partei, die in Gewerkschaften, Betrieben und Stadtteilen verankert ist. Sie wäre für Menschen offen, die mit der SPÖ gebrochen haben, oder nie an sie geglaubt haben. Die KPÖ hat mit ihrer Glaubwürdigkeit in Graz einen Ansatzpunkt. Sie muss ihn nutzen, um Widerstand zu organisieren und damit Schritte in Richtung einer solchen Alternative zu gehen.



Mehr zu lesen über die Linken in der SPÖ. Bei der Redaktion und im Manifest Verlag: manifest-buecher.de/

Impr. und Offenlegung nach §25 Mediengesetz:
MEHV: Verein Sozialistische Offensive, Vertreten durch Laura Rafetseder; Ausrichtung des Vereins ist die Förderung sozialistischer Ideen, die Beteiligung an der politischen Willensbildung und Gestaltung. Vereinssitz Wien 15, Dingelstedtg.1/45-46/ ZVR.Zahl: 1323285378, Druck: druck.at

Menschenrecht Wohnen

Wie kommen wir dorthin? Konzepte im Vergleich

Auf der ganzen Welt ist Wohnen ein brennendes Thema. In Spanien entzündeten sich an der Räumung einer 87-Jährigen landesweite Proteste, befeuert von der Wut über die sich seit langem verschlechternde Situation. In Berlin war „Vergesellschaftung“ Kernthema des letzten Wahlkampfes der LINKE. Die KPÖ setzt auf Beratung von Mieter*innen. Was beendet die Wohnungsnot tatsächlich?

Von Florian Schießl, SO-Wien

Die Miet-Beratung und -Hilfe der KPÖ stellt eine unmittelbare Unterstützung dar und hat der KPÖ viel (Wahl-)Sympathie eingebracht. Sie verhilft Mieter*innen zu ihren gesetzlichen Rechten gegen Wuchermieten und unterstützt sie in Notlagen. Und dann? Wohnen bleibt Teil des Wohn- und Finanzmarktes und die Preise steigen. Immer mehr brauchen Unterstützung. Und wenn kein Geld mehr in den Hilfstöpfen ist?

Die Unterstützung hilft, ändert aber nichts am Problem und mobilisiert niemanden, das Problem zu bekämpfen. Aber Organisierung wäre möglich und wichtig, um längerfristige Verbesserungen zu erkämpfen. Ähnlich bei Genossenschaften: Wohnen bleibt Ware. Die Genossenschaften sind formal oft “gemeinnützig”, doch bereits der Finanzierungsbeitrag ist mit im Schnitt 500 €/m² eine riesige Hürde. Und: Genossenschaften und auch die Gemeindewohnungen agieren im Rahmen der Marktlogik. Das gilt für die Wohnungsgenossenschaft der Gewerkschaft GPA ebenso wie für den vielgepriesenen Wiener Gemeindebau. Anstatt sich an den Bedürfnissen zu orientieren, muss sich das Wohnungsangebot für die Stadtverwaltung “rechnen”. Außerdem: Seit 2004 hat die Stadt Wien den sozialen Wohnungsbau beinahe vollständig beendet. Das führt weiter zu Verknappung, überlässt den Wohnungsbau Spekulation und Privaten und trägt so zu steigenden Preisen bei.

Enteignungen - für wen?

Enteignungen sind in Deutschland und Österreich für die Öffentliche Hand möglich und werden zur Errichtung von Straßen, Bahnlinien, aber auch Minen oder für Industrieinteressen immer wieder vorgenommen. Wenn es aber ums Wohnen geht und sich gegen das Kapital richtet? Dann ist das Geschrei von etablierter Politik und Konzernen groß. Nach dem Volksentscheid 2021, bei dem die Berliner*innen dafür stimmten, den Konzern Deutsche Wohnen & Co zu enteignen, war dies wieder zentrales Thema bei den Landtagswahlen 2026 in Berlin. Prompt starteten die Herrschenden eine von den Medien gestützte Hetzkampagne - inklusive Hitler-Vergleichen und antisemitischer Narrative.

Es macht ihnen Angst, dass Enteignung und Vergesellschaftung zum Wohle der Arbeiter*innen wieder Thema ist. Nicht nur in Talk-Shows, sondern real für Menschen, die sich organisieren, politisieren und dafür kämpfen. Enteignungen von Wohnkonzernen können eine unmittelbare Verbesserung für die Mietenden bringen. Allerdings wäre auch hier die Wirkung nicht dauerhaft, denn der Rahmen Kapitalismus bleibt. V.a. wenn der Kaufpreis hoch ausfällt, kann die Miete in den so “enteigneten” Wohnungen kaum gesenkt werden, weil die Kommunen die Zinsen der Kredite bedienen müssen. Und was macht ein Wohnungskonzern mit all dem Geld für die abgekauften Wohnungen? Einkaufen, und zwar im großen Maßstab, was die Preise wieder antreibt.

Wohnraum besetzen?!

Besetzungen haben Vibe. Nicht ohne Grund sind sie auch popkulturell verankert. Es sind verständliche, aber letztlich verzweifelte Aktionen, an denen sich die meisten schon aus praktischen Gründen (Job, Kinder) nicht länger beteiligen können. Viele ehemalige besetzte Objekte in Berlin oder Athen, aber auch Christiania in Kopenhagen, die Arena oder das Amerlinghaus in Wien enden im Eigentum bzw. sind von öffentlichen Förderungen abhängig. Wie Engels gegenüber Proudhon betonte: Lokale Selbsthilfe ist schließlich nur eine räumliche Verschiebung und somit ein reformistischer Ansatz, während die Lösung in der Abschaffung des kapitalistischen Produktionsverhältnisses liegt.



Ein sozialistisches Wohnungsprogramm

Alles, was das Leben von Arbeiter*innen verbessert, ist unterstützenswert. Aber solange das Grundproblem von Wohnraum als Ware und Spekulationsgut nicht angegriffen wird, kommen die Probleme wieder.

In den 1980er Jahren erkämpfte der sozialistische Stadtrat von Liverpool gemeinsam mit der Bevölkerung Millionen für sozialen Wohnbau. In der schottischen Wohnungs- und Obdachlosigkeitskrise argumentierte das CWI 2025 vor Ort für Massenkampagnen in und durch die Gemeinden, um die Ressourcen für ein großes kommunales Wohnbauprogramm einzufordern. Mieter*innen brauchen echte demokratische Kontrolle über Bestand, Vergabe und Planung. Die Vergesellschaftung von Wohnungskonzernen ist ein erster Schritt. Aber um die im Kapitalismus wurzelnde Wohnungskrise zu beenden, braucht es mehr: Banken, Bausektor und Grundstücke müssen unter Kontrolle und Verwaltung der Arbeiter*innen und ihrer Organisationen gestellt werden! Dafür braucht es eine kämpferische Arbeiter*innenklasse und Gewerkschaften sowie Arbeiter*innenparteien, die Forderungen in Tatsachen verwandeln. Existierende Projekte können ein erster Ansatzpunkt sein, um antikapitalistische Programme und Methoden zu entwickeln und Menschen zu organisieren.

OFFENSIV
Winter 2026/27, Nr. 30

Lohnverzicht sichert keine Jobs

Die Wirtschaft kommt nicht aus der Krise. Die Arbeitslosigkeit stieg im Oktober das 43. Monat in Folge. Vor diesem Hintergrund versuchen die Unternehmen, Löhne zu drücken und Angst vor Jobverlust zu nutzen. Die Gewerkschaftsführung setzt der Erzählung "Es ist kein Geld da" wenig entgegen. Die Abschlüsse lagen in vielen Branchen unter der Inflation. Es wurden mehrjährige Abschlüsse zu Lasten der Beschäftigten von der Gewerkschaftsführung in Kauf genommen. Dazu kommen oft Einmalzahlungen, die langfristig Verschlechterungen bringen. Die Gewerkschaftsführung geht mit niedrigen Forderungen in die Verhandlungen (aktuell: Handel 3,8 %, IT 3,9 % - und das sind noch die hohen Forderungen). Die Gewinne der Konzerne steigen oder sollen aufrechterhalten werden.

Von Tim Rosa, SO-Steiermark

Die Argumente der Unternehmen klingen auf den ersten Blick einleuchtend: Niedrige Abschlüsse halten die Lohnkosten tief und machen den Standort Österreich attraktiv. Unternehmen bleiben im Land, Jobs bleiben erhalten. Wer heute verzichtet, hat morgen einen sicheren Arbeitsplatz. Dazu dient die Sozialpartnerschaft - und für die Gewerkschaftsführung als Begründung, Konflikte lieber am Verhandlungstisch zu beenden, bevor sie auf der Straße oder im Betrieb ausgetragen werden.

Aber sind unsere Jobs tatsächlich sicher, wenn wir niedrigere Abschlüsse in Kauf nehmen? Obwohl fast alle Abschlüsse in den letzten Jahren Reallohnverluste bedeuteten, wurden Betriebe geschlossen und Stellen abgebaut. Dafür gibt es Gründe: Investieren rentiert sich nicht. Das Verhältnis zwischen Gewinn und eingesetztem Kapital (die Profitrate) steigt nicht mehr stark genug oder stagniert sogar. Sie sparen also bei den Ausgaben: Jobs werden nicht nachbesetzt, was mehr Arbeit für die verbleibenden Beschäftigten bedeutet oder Bereiche werden zusammengelegt. Dazu kommt Automatisierung, die auf den ersten Blick Kosten spart, langfristig aber Kosten erzeugt, die sich nicht so leicht drücken lassen wie Löhne. Zudem drängen die Unternehmen die Regierung, die Lohnnebenkosten zu senken. Das schwächt am Ende Sozialversicherung und Arbeitslosengeld, also wieder die Beschäftigten. Außerdem wird es mit den Einsparungen nie genug sein, weil die Löhne in Asien noch niedriger gehalten werden. Unternehmen wollen dorthin, wo sie bessere Bedingungen für Profite, bei staatlichen Geschenken und niedrigeren Umwelt- und Arbeitsschutzauflagen finden.

Immer wieder zeigt sich also: Lohnverzicht sichert keine Jobs. Nicht einmal kurzfristig funktioniert der Deal. Nach Zugeständnissen von Betriebsrat



und Gewerkschaft wird meist dennoch Personal abgebaut, da die Krise ja weiter besteht und die Löhne nicht die Ursache sind. Die Jobs sind weg und das Arbeitslosengeld sinkt.

Stattdessen braucht es eine kämpferische Gewerkschaftspolitik: Mit einem Kampf für echte Reallohnerhöhungen und der Durchsetzung dieser Forderungen mit den nötigen Kampfmaßnahmen. Dafür brauchen wir Druck von unten. Aktivist*innen der SO setzen sich aktiv ein für Basisstrukturen für Mitglieder, für Urabstimmungen über Verhandlungsergebnisse, für Gewerkschaften, die sich ausschließlich an den Interessen der Beschäftigten orientieren. Hilf auch du mit - organisieren wir uns gemeinsam für kämpferische und demokratische Gewerkschaften!

Am Beispiel Ardo

Der Herbst 26 brachte das Aus für die Beschäftigten beim Tiefkühlkostebetrieb Ardo. Jahrzehntelang hatten sie zuerst für Unifrost/Eskimo Iglo, Unilver, Austria Frost, dann Ardo gearbeitet und Profite erwirtschaftet. Jetzt will Ardo endgültig schließen, woanders wären die Profite höher.

Seit Jahrzehnten nimmt die Zahl der Beschäftigten ab. Seit dem Höchststand in den 1980er Jahren bei knapp 2.000 wurden Schritt für Schritt Jobs vernichtet. 1998 wurden rund 250 "abgebaut". 2008, bei der Übernahme durch Ardo, waren nur mehr 360 übrig. Ardo garantierte zwar die Weiterbeschäftigung, doch schon 2012 mussten weitere 70 gehen und jetzt verlieren die letzten knapp 200 Menschen ihren Job.

Die jeweiligen Eigentümer*innen wurden reichlich mit öffentlichen Geldern unterstützt. Mit Grundstückskäufen (2005 um 3,75 Millionen Euro durch das Land), Schuldenschnitt (2005: 60% der Schulden wurden erlassen, auch durch die Republik bzw. Sozialversicherungen), Haftungsübernahmen für Kredite (2008: 1,5 Millionen), Energiekostenzuschüsse (2023: 778.000.-), Energieabgabenvergütung (2023-25: 1-2 Millionen) und CO^2, COVID sowie Investitionszuschüsse (bis 2024 über 300.000.-) flossen üppige Geldmitteln aus unseren Steuern in die Taschen von Besitzer*innen und Management.

Doch das reichte alles nicht... Schon im Jahr 2000 wurden die Beschäftigten zu Lohneinbußen gedrängt, weil sie angeblich "zu teuer" wären. 1998 wies der Konzernbetriebsrat darauf hin, dass die Erfolge „auf dem Rücken der Arbeitnehmerschaft" erzielt wurden. Selbst die ÖVP muss zugeben, dass Ardo mit "verdrehten Fakten" argumentiert. Im laufenden Betrieb steht die Firma keineswegs so schlecht da, wie behauptet wird, allerdings wurde nicht investiert und damit Schulden mitgezogen. Aber alle Zugeständnisse und Geschenke haben nichts gebracht, wenn woanders höhere Profite winken...

Die Zahlen belegen allerdings auch, dass es die Beschäftigten und auch die öffentliche Hand waren, die die Werte bei Ardo geschaffen haben. Warum gehört es also nicht längst genau jenen, die diese Werte geschaffen haben? Das sichert die Jobs, die Abnahme für die Bäuer*innen und die Versorgung mit Nahrungsmitteln....aber halt keine Profite.

Klima braucht Revolution

Die Klimabewegung braucht ein sozialistisches Programm und Ausweitung

Im Herbst 2021 war ich Teil der Proteste in Glasgow im Zuge der UN-Klimakonferenz. Es herrschte eine Aufbruchstimmung, dass es so nicht weitergehen kann. Tausende junge Menschen aus ganz Europa strömten lautstark durch die Straßen und forderten ein Umdenken. Es war dies der vorläufige Gipfel der Bewegung, die mit den Klimastreiks an Freitagen begonnen hatte.

Von Margarita Wolf, SO-Wien

Schulstreiks und Demos beschränkten sich auf Appelle. Die Schüler*innen dachten, Fakten seien genug und unübersehbar, dass ein Umdenken passieren muss. Aber da das System Kapitalismus die Ursache für die Klimakatastrophe ist, reichten die Fakten nicht. Der fehlende Erfolg der Bewegung hatte Folgen. Teile der Bewegung zogen sich in die Frustration zurück. Andere arrangierten sich mit dem Establishment, um marginale Reformen umzusetzen, die bestenfalls ein Tropfen auf den heißen Stein sind. Andere sind aus lauter Verzweiflung zu "Klimakleber*innen" geworden oder versuchen andere Formen von "Ökoterrorismus".

Die Gründe dafür sind nachvollziehbar, angesichts der Tragweite des Klimawandels und der Perspektive für den Planeten Erde. Die Methoden treffen aber die Falschen und erleichtern die Kriminalisierung und Diffamierung der Anliegen. Denn eine kleine, isolierte Gruppe lässt sich weit leichter verhaften und bestrafen, als eine Demonstration oder Streikbewegung.

Klimabewegung braucht Anti-Kapitalismus

Ein kleiner Teil aber realisierte, dass ein Kampf für eine klimafreundliche Gesellschaft und Wirtschaftsform einen Kampf gegen Kapitalismus bedingt. Der Klimawandel kann nur global bekämpft werden und der Kapitalismus steht im starken und unübersehbaren Widerspruch zu jeder nachhaltigen Bewirtschaftung des Planeten. In immer mehr Ländern haben Beschäftigte und Gewerkschafter*innen die Bühne der Klimaproteste betreten. Klimaaktivist*innen können eine wichtige Rolle dabei spielen, das Thema in die Gewerkschaften zu tragen. Sie können auch dabei helfen, aus den aktuell braven und angepassten Sozialpartnern die dringend nötigen demokratischen Kampforganisationen zu machen: für die Rechte von Mensch UND Natur. Denn nur die Arbeiter*innenklasse kann den notwendigen Druck erzeugen. Nicht nur, weil es viele Menschen sind, sondern weil der wirtschaftliche Druck, den nur die Arbeiter*innenklasse durch Streiks erzeugen kann, in der Lage ist, echte Klimamaßnahmen zu erzwingen.



Anstatt vermeintlich "radikaler" Methoden brauchen wir eine Bewegung der Arbeiter*innen und Jugendlichen mit einem sozialistischen Programm, das wahrhaft radikal den Kapitalismus lahm legt.

Ein sozialistisches Programm fürs Klima

Die Technologie für einen ökologischen Wandel existiert längst. Am Beispiel Energie wird deutlich, warum es einen sozialistischen Wandel braucht. Umweltschutz funktioniert im Kapitalismus nicht, weil das einen Wettbewerbsnachteil bedeutet.

Von David Kurz, SO-NÖ

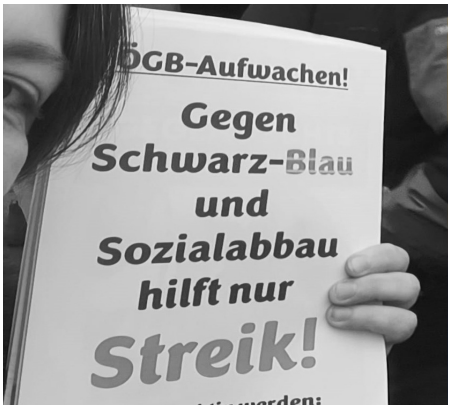
Da ist einmal die Frage, wofür wie viel Energie aufgewendet wird. Um einen sinnvollen Einsatz zu gewährleisten, sind "Firmengeheimnisse" schädlich. Daher braucht es die Übernahme der größten Energiekonzerne in Öffentliche Hand. Damit diese nicht wie die aktuellen Energieunternehmen der Bundesländer nach Marktmechanismen agieren (also Interesse an möglichst hohem Gewinn und damit Energieverbrauch haben), braucht es außerdem die demokratische Planung und Verwaltung. So ist eine rationale Planung des Verbrauchs möglich: Für Spitäler statt für Shopping Center, die 24 Stunden beleuchtet sind. Für Verkehr auf der Schiene statt auf der Straße. Für warme Wohnungen statt künstliche Skipisten in der Wüste.

Gefördert werden dann nicht private Unternehmen, ihre Gewinne und ihre Energieverschwendung, sondern die Forschung in energiesparende Verfahren und nachhaltige Energieproduktion. Dazu gehören bekannte Verfahren wie Wasser, Wind, Gezeiten, Sonne und andere. Dazu gehört der Einsatz von Pumpspeicherwasserkraftwerken, die wie riesige Batterien überschüssige Energie der Photovoltaik-Anlagen speichern und zum geeigneten Zeitraum freigeben. Und viele neue Erfindungen werden möglich, wenn das Forschungspotential nicht durch Profitinteressen beschränkt wird.

Die Gesellschaft erspart sich dann auch Unsummen, weil keine neuen gefährlichen AKWs eröffnet werden. Die Kosten des Rückbaus und der Lagerung des bereits entstandenen Atommülls bleibt uns zwar, doch werden hier die Vermögen der bisherigen Profiteure eingezogen, um eine möglichst sichere Lagerung zu ermöglichen.

Eine solche Planung der Energieproduktion und Verwendung bedeutet für uns nicht Reduktion, sondern im Gegenteil erst die Entfaltung der Möglichkeiten.

Die FPÖ ist gefährlich - aber nicht unaufhaltbar!



Alle reden vom "Rechtsruck", doch in Ungarn wurde Orbán nach 16 Jahren abgewählt, in Serbien besiegte eine von Studierenden getragene Protestbewegung Vučić, in Brasilien floh der rechte Kandidat Bolsonaro nach seiner Niederlage in die USA und dort verloren die Republikaner bei den Wahlen im November. Rechte können also verlieren - ihr Aufstieg ist keine Einbahnstraße. In Österreich stehen wir an einem anderen Punkt der Entwicklung. Hier wird eine Regierung unter der FPÖ immer wahrscheinlicher. Die FPÖ führt seit Monaten alle Umfragen an, auch bei der Bundespräsidentschaftswahl 2028 könnte ein FPÖ-Kandidat gewinnen. Die Gefahr ist real und das macht - zu Recht - Angst. Die Konferenz der Sozialistischen Offensive beschäftigte sich im November mit den Perspektiven und Gefahren durch die FPÖ - und mit den Möglichkeit dagegen.

Österreich: Die Krisen verschärfen sich

Die aktuelle Regierung war angetreten, um einen Kanzler Kickl zu verhindern. Dazu setzt sie FPÖ-Programmatik um, z.B. bei der Verschärfung der Sozialhilfe und immer stärkerem Druck gegen Migrant*innen. Die Regierung ist verantwortlich dafür, dass unser Leben immer teurer wird. Die Preise steigen weiter, dazu kommen immer höhere Abgaben, zusätzliche Gebühren und die Angst um den Job. Die österreichische Wirtschaft schwächelt seit langem und dafür ist natürlich nicht die aktuelle Regierung allein verantwortlich. Als stark exportabhängige Wirtschaft leidet v.a. die Industrie und die Regierung versucht hier "zu helfen". Das geht zu Lasten von Beschäftigten und Umwelt. Ein kapitalistischer Teufelskreis, in dem es keine "gute" Politik gibt, sondern nur eine schlechte und eine noch schlechtere. Die Regierung hat hier klar Position auf Seiten der Reichen und Mächtigen bezogen. Sie hat sich für Kürzungen bei der breiten Masse und Förderung oben entschieden. Alle angeblich "sozialen" Maßnahmen waren minimal und wurden rasch durch die Verschlechterungen wettgemacht. Jetzt wird auch noch über Einschnitte bei Pensionen, beim Pensionsalter, bei Zivildienern und weitere Kürzungen nachgedacht...

Dazu kommt eine Gewerkschaftsführung, die den Angriffen kaum etwas entgegen setzt und immer schlechteren Lohn-Abschlüssen zustimmt. So wird es immer schwieriger, über die Runden zu kommen. Gleichzeitig richten es sich die die da Oben, ihr Reichtum und ihre Privilegien bleiben weitgehend unangetastet. Zur wirtschaftlichen Krise kommt so noch die politische Krise hinzu. Das Vertrauen in die etablierten Parteien und den Parlamentarismus sinkt. Der FPÖ gelingt es, sich - obwohl sie selbst eine alte, etablierte "Systempartei" ist - sich als außerhalb stehend zu präsentieren. Auch wenn sie in der Praxis nichts anderes machen würde und macht, gelingt es ihr, sich als "soziale" Alternative zu präsentieren. Sie greift reale Probleme und berechtigte Wut auf, lenkt diese aber auf Migrant*innen, Geflüchtete, Minderheiten und vermeintliche gesellschaftliche Sündenböcke und spaltet.

Eine starke FPÖ macht Angst

In allen Umfragen dominiert die FPÖ mit großem Abstand. Ob die aktuelle Regierung bis 2029 durchhält ist offen. Nach heutigem Stand ist ein FPÖ Sieg sehr wahrscheinlich. Aktuell stellt sie den Landeshauptmann in der Steiermark, in vier weiteren Bundesländern ist sie Teil der Regierung. Bei den kommenden Landtagswahlen (2027: Oberösterreich, Tirol, 2028: Salzburg, Niederösterreich, Kärnten) könnten weitere Landeshauptleute dazu kommen. 2028

Die sehr realen Gefahren einer FPÖ-Regierung

Programm, Pragmatismus und Populismus lassen sich in der Opposition leichter unter einen Hut bringen als in einer Regierung. Eine FPÖ-Regierung fände sich in einer wirtschaftlich schwierigeren Situation als frühere. Sie würde noch stärker mit "Teile und Herrsche" bzw. einer Befeuerung des "Kulturkampfes" zum Ablenken von Kürzungen, die auch die eigenen Wähler*innen treffen, re(a)gieren:

Angriffe auf **Sozialleistungen, Arbeitszeit** und weitere **Privatisierungspläne** sind zu erwarten.

Dazu käme ein weiteres **Streichen von Geldern** für Beratungs- und Hilfsorganisationen für **Frauen, Migrant*innen und queere Personen. Abschiebungen** würden zunehmen.

Rassistische Übergriffe würden ebenfalls zunehmen - weil rechte und faschistische Gruppen selbstbewusster und ungehinderter agieren könnten. Dazu käme ein Gender-Verbot wie in Niederösterreich und zusätzliche Hürden beim Zugang zu Abtreibungen.

Im **Sozialbereich** würde unter dem Vorwand gegen "Sozialschmarotzer*innen" vorzugehen, bei Leistungen für Geflüchtete und Menschen mit Migrationshintergrund begonnen werden, um dann generelle Kürzungen durchzusetzen. Die Rhetorik würde eine von "Geld für unsere Leute" sein.

Ein Angriffsfeld werden **Arbeiterkammern, Gewerkschaften, Betriebsräte** etc. sein. Auch wenn sie keine kämpferische Rolle spielen und die Privilegien ihrer Spitzen die Angriffe leicht machen geht es den Rechten v.a. darum, die Arbeiter*innenbewegung als Ganzes zu schwächen. Die Rechte der Beschäftigten sowie ihre Vertretung (Betriebsräte, Personalvertretung) und Organisationen (Gewerkschaften, AK) stehen schon länger unter Beschuss des Kapitals. Das Aufweichen von Kollektivverträgen (z.B. durch Öffnungsklauseln), das zeitliche Hinauszögern von Verhandlungen, KV-Abschlüsse über mehrere Jahre - all das zeigt an, wohin das Kapital möchte und mit der FPÖ geht all das aggressiver.

steht die Bundespräsidentschaftswahl an - 2016 war ein FPÖ-Sieg in greifbarer Nähe, die Kandidat*innen von SPÖ und ÖVP kamen nicht einmal in die Stichwahl. Das könnte sich 2028 wiederholen.

Dreimal schon war die FPÖ in der Bundesregierung und insbesondere die ÖVP-FPÖ-Koalitionen sind verantwortlich für drastische Verschlechterungen für die Arbeiter*innenklasse: (Schwarz-Blau 1+2 für die Pensionsreform, Schwarz-Blau 3 für den 12-Stunden-Tag. Die Angst ist also berechtigt, weil nachkommende Regierungen die wenigsten der Verschlechterungen rückgängig gemacht haben!

Mag die Elite die FPÖ?

Die herrschende Klasse hat bereits Erfahrungen mit der FPÖ gesammelt. Sie hat kein Problem mit dem Rassismus der FPÖ. Doch "das Kapital" ist nicht homogen. Für manche wären Massenabschiebungen von Arbeitskräften ein Problem, manche setzen stärker auf die EU als auf Wirtschaftsverbindungen mit Russland. Allen gemein ist allerdings der Wunsch nach einer Regierung, die (noch) stärker die Kosten der Krise auf die Arbeiter*innenklasse abwälzt und die das Kapital (noch) stärker entlastet. Das hat die FPÖ in den bisherigen Regierungen geleistet.

Die aktuelle Kickl-FPÖ ist aber deutlich selbstbewusster, fordernder und hat aus den Erfahrungen gelernt. Sie ist zwar insgesamt stabiler in ihrem Apparat als in der Vergangenheit, leidet aber immer noch unter dem Kadermangel in Folge des raschen Aufstiegs sowie zahlreicher Krisen, Skandale, Spaltungen und Zusammenbrüche. In Verbindung mit ihrem starken Populismus ist sie auch immer eine unsichere, weil instabile Option für die Herrschenden. Das, und nicht ihre inhaltliche und personelle Verbindung nach ganz rechts, lässt zumindest Teile der herrschenden Klasse zögern, ob ein FPÖ-Kanzler die beste Möglichkeit wäre.

Widerstand statt Kopf in den Sand

Die Bedrohung ist da. Trotzdem stehen weder der Faschismus vor der Tür noch drohen Jahrzehnte von FPÖ-Herrschaft. Um zu wissen, WIE wir sie bekämpfen, ist es notwendig zu verstehen, was die GRUNDLAGE für den FPÖ-Aufstieg ist. Zentral ist die Verbürgerlichung der SPÖ in den 90er Jahren und das Fehlens einer Arbeiter*innenpartei. Auch Jahrzehnte von Sozialabbau, Kürzungspolitik und rassistischer staatlicher Politik sind entscheidend. In dieser Analyse liegt auch die Antwort auf die Fragen, wie eine mögliche FPÖ-Regierung verhindert bzw. bekämpft werden kann. Konzepte einer "Brandmauer" bei gleichzeitiger Umsetzung von FPÖ-Forderungen funktionieren ebenso wenig wie der Zusammenschluss aller Kräfte abseits der FPÖ. Das zeigt die aktuelle Regierung. Insofern sind die Wahlsiege von Magyar in Ungarn, Lula in Brasilien, den Demokraten in den USA etc. keine dauerhafte Lösung, da sie auf kapitalistischer Grundlage stehen und auf Kürzungspolitik und zunehmende Repression setzen werden.

Der Ansatzpunkt für Widerstand gegen die FPÖ und FPÖ-Politik (egal wer sie betreibt) liegt bei den verschiedensten Protesten, die es jetzt schon gibt und die zunehmen werden. Ungeachtet großer Mobilisierungen unmittelbar nach einem solchen FPÖ-Durchbruch könnte eine kurze Periode von "Schockstarre" bei größeren Teilen der Bevölkerung folgen. Aus Angst, aber auch aus Perspektivlosigkeit, was zu tun ist. Doch dann werden wir Proteste auf verschiedenen Ebenen sehen: gegen Abschiebungen, gerade auch in kleineren Gemeinden. Von Frauen und Queers, im Bildungsbereich gegen eine mögliche Einflussnahme durch die Politik - und v.a. aus der Arbeiter*innenbewegung gegen Angriffe auf der sozialen und politischen Ebene. Denn kommende Regierungen agieren in einem immer schwierigeren wirtschaftlichen Umfeld, Zuckerln sind da kaum möglich, stattdessen wird der Druck auf die Arbeiter*innenklasse steigen. Das wird die FPÖ auch in Konflikte mit größeren Teilen ihrer Wähler*innen bringen.

Solche Proteste können ein Schritt zur Belebung der Gewerkschaften und zur Steigerung von Klassenbewusstsein sein und damit auch auf dem Weg zu einer neuen Arbeiter*Innenpartei. Wichtig wird es hier sein, wie sich die KPÖ, Gewerkschaften und diverse soziale Bewegungen einbringen: konzentriert man sich weiter auf unmittelbare Hilfestellung, bei der immer mehr Hilfesuchenden immer weniger Mittel gegenüberstehen, oder wird man führend in Klassenkämpfen. Wir müssen die Lehren aus vergangenen Protesten ziehen: Die Widerstandsbewegung 2000 war groß und hat eine ganze Generation politisiert, aber sie war nicht erfolgreich, weil sich die Proteste auf Demonstrationen beschränkt haben. Die Streiks 2003 waren ein wichtiges Zeichen, aber sie wurden zu früh abgebrochen, anstatt sie



konsequent weiterzuführen und auch die Frage einer politischen Alternative aufzuwerfen. Die Mobilisierungen gegen den 12-Stundentag 2018 haben die Kampfbereitschaft der Beschäftigten gezeigt, doch die Gewerkschaftsführung hat diese nicht in weiteren Kämpfen organisiert. Auch wenn Klassenkämpfe nach wie vor auf einem niedrigen Niveau sind, nehmen sie doch zu. Auch bei den Kollektivvertragsverhandlungen sehen wir beides: die sozialpartnerschaftlich motivierte Annahme mieser Abschlüsse durch die Gewerkschaftsführung UND die Mobilisierung, um zumindest gewisse Verbesserungen zu erreichen bzw. Abschlüsse, die weniger schlecht sind als die ursprünglichen Angebote.

Gerade unter einer FPÖ-Regierung kann die Gewerkschaftsführung durch Druck von unten weiter getrieben werden, als es ihr selbst lieb ist. Das Märchen, dass wir alle im selben Boot sitzen, greift bei vielen Beschäftigten nicht mehr. Die Arbeiter*innenklasse hat in den Kämpfen gegen die Inflation und Kürzungen seit 2022 neue Erfahrungen gesammelt. Hoffnungen in die SPÖ sind gering. In den Gewerkschaften erhöht sich der Druck für einen kämpferischen Kurs: das alles zu einer organisierten Opposition zusammenzubringen, ist dringend notwendig.

Ja, die Lage ist schwierig, aber es gibt zahlreiche Bruchstellen, Chancen und Möglichkeiten. Das kapitalistische System und seine politische Vertretung sind in einer tiefen Krise. Damit die Arbeiter*innenklasse und die Jugend dafür nicht bezahlen müssen, braucht es den Aufbau einer politischen, einer sozialistischen Alternative. Die Angst vor und der Kampf gegen die FPÖ und ihre Politik kann ein wichtiger Ansatzpunkt für den Aufbau genau dieser Alternative sein.

Streiks erreichen mehr als Molotowcocktails!

Straßenschlachten, brennende Autos und Barrikaden: Zahlreiche Medien von der französischen Le Monde, über die deutsche ARD, bis hin zu Al Jazeera und der BBC ziehen angesichts der Proteste in Frankreich Vergleiche zum Mai 1968.

Von Sonja Grusch, SO-Wien

Der Oktober 2026 gipfelte nicht im Horror von Halloween, sondern im Terror der Polizeigewalt, der sich französische Protestierende gegenüber sahen. Das Establishment ist empört über "die Gewalt" der Demonstrierenden. In der Berichterstattung schwingt mehr als ein Hauch von Arroganz des Bürgertums gegenüber dem proletarischen Mob und gegenüber den oft migrantisch geprägten Banlieues, den ärmsten Stadtteilen, mit. Der Grundtenor ist: Ja, man darf schon demonstrieren, aber muss brav und kontrollierbar bleiben.

Kapitalismus ist brutal

Dabei wird völlig ignoriert, dass weder der Staat noch das System an sich friedlich ist. Einem 15-Jährigen wurde durch eine Polizeigranate eine Hand abgerissen, ein 14-Jähriger verlor durch eine Tränengasgranate fast alle Zähne. Das ist die Spitze des Eisbergs der Polizeibrutalität. Längst stellten sich Eltern, Lehrpersonen und Gewerkschafter*innen schützend vor die Jugendlichen und sind Teil der Proteste. Doch die Erzählung von "gewalttätigen Extremist*innen" dominiert weiter die Berichterstattung. Klar, Bilder von brennenden Mülltonnen oder auch einem brennenden Tourismusbüro geben mehr her, als die zahllosen Tafeln, auf denen die Demonstrant*innen ihre Forderungen in die Welt tragen! Diese Forderungen machen die tagtägliche Gewalt deutlich, der sich Kinder, Jugendliche und auch Erwachsene durch Staat und Unternehmen ausgesetzt sehen: Frieren im Winter, Schwitzen im Sommer, keine Zukunft, weil keine Jobs, rassistische Übergriffe auch durch Behörden und Polizei...

Es gibt zweifellos effektivere Formen des Protestes, als ein Gebäude anzuzünden - aber die wahre Gewalt geht nicht von den Demonstrant*innen aus, sondern vom Staat. Denn dieser hat v.a. die Aufgabe, die Herrschenden, ihren Besitz und v.a. ihr ganzes kapitalistisches System zu schützen. Dass der Polizeiapparat und insbesondere die durch ihre Brutalität auffallende Spezialeinheit BRAV-M Sympathien für rechte und rechtsextreme Parteien haben, zeigen diverse "Einzelfälle" und Untersuchungen. Diese Kräfte haben vor den Präsidentschaftswahlen 2027 Interesse daran, die Situation zu eskalieren, Linke zu diffamieren und zu kriminalisieren und sich selbst als Vertreter*innen von Law-and-Order zu präsentieren. Auf Demonstrationen vermummt die Polizei anzugreifen, nützt also letztlich nur der Polizei und der extremen Rechten, da sie im Schutz der Vermummung als Demonstrant*innen getarnt selbst zuerst Eskalationen auslösen, um diese dann niederzuschlagen.

Radikal heißt,
das Problem an der Wurzel packen

Wenn man zum Arzt/zur Ärztin geht, will man den Grund der Erkrankung wissen, um dann die passende Medizin einsetzen zu können. Nur die Symptome zu bekämpfen, lindert vorübergehend, doch bald sind sie zurück. Ähnlich ist es hier: die riesigen Demonstrationen zeigen, wie riesig die Wut ist. Die wütenden Protestformen wie Barrikaden oder auch brennende Gebäude sind eine Reaktion auf die Polizeigewalt, aber auch Ausdruck der tiefen Verzweiflung. Doch beides können Politik und Kapital aussitzen. Die schwarz-blauen Bundesregierungen in Österreich konnten wöchentliche Demonstrationen von teilweise zehntausenden Menschen monate- und jahrelang aussitzen.

Auch die Proteste in Frankreich 1968 haben die Herrschenden überlebt. Denn das geht nicht an ihre Substanz. Sie sind zwar weniger beliebt, aber die Profite sind davon wenig betroffen. Es war der Generalstreik mit bis zu 10 Millionen Teilnehmer*innen, der dem Kapital an die Substanz ging. Auch in Österreich waren es der de facto Generalstreik im Frühjahr 2003 und die Eisenbahnstreiks im Herbst desselben Jahres, die die Regierung fast in die Knie gezwungen hätten. In beiden Fällen waren es die Führungen der Gewerkschaften (und in



Frankreich auch die Kommunistische Parteispitze), die vor den weitreichenden Folgen zurückschreckten und die Notbremse zogen.

Und heute?

Proteste finden statt und es werden mehr. Auf allen Kontinenten sind es Jugendliche, die ihre Wut und Verzweiflung über ein System, das eine mehr als düstere Zukunft "anbietet", auf die Straße tragen. Immer mehr sehen wir aber auch Gewerkschaften und Beschäftigte direkt aktiv werden. Was so gut wie immer fehlt, sind ein umfassendes Programm und eine Kampfstrategie, die entschlossen und organisiert einen Weg aufzeigen, WIE die notwendigen Verbesserungen erreicht werden können. Petitionen und Unterschriften können Aktivist*innen mobilisieren, damit durchsetzen kann man nichts. Kundgebungen und Demonstrationen erzeugen Öffentlichkeit, doch ist die Berichterstattung meist verfälscht (auch Medien gehören reichen Leuten!) und können ausgesessen werden.

Streiks und Betriebsbesetzungen aber gehen an die Substanz des Systems. Sie sind daher auch weit radikaler, als jedes besetzte Haus, jede Barrikade oder jeder Molotowcocktail. Sie sind außerdem keine Proteste FÜR andere, sondern nur GEMEINSAM organisier- und durchführbar. Das macht sie so mächtig: als Kampfform und als Keim für zukünftige Veränderungen.

Midterm-Wahlen in den USA

Eine schwere Niederlage für Trumps Politik



Die Wahlen am 3.11. brachten den Demokraten einen Erdrutschsieg. Sie stellen jetzt die Mehrheit in beiden Häusern des US-Parlaments. Doch ein grundlegender Wandel zu Gunsten der arbeitenden Bevölkerung ist von ihnen nicht zu erwarten.

Von Gerhard Ziegler, SO-OÖ

Trumps Wirtschaftspolitik sollte mit hohen Importzöllen bessere Bedingungen für die US-Wirtschaft im globalen Konkurrenzkampf schaffen. Dadurch sollten die Konzerne wieder stärker in den USA investieren und Arbeitsplätze schaffen. Doch das ging nach hinten los. Gegenzölle der anderen imperialistischen Staaten behindern den Welthandel und die großen Konzerne gehen oft in Billiglohnländer mit niedrigeren Strafzöllen. Die Zölle aber verteuern die Importe. Und alles wird noch verschlimmert durch den Krieg mit Iran.

Trumps Weltpolitik soll die Vormachtstellung des US-Imperialismus machtpolitisch, aber auch wirtschaftspolitisch (Rohstoffe wie Erdöl, seltene Erden etc.) absichern. Die Unterwerfung Venezuelas bringt der USA Kontrolle über die Erdölproduktion und stoppt den Einfluss von China. Jetzt steht Kuba massiv unter Druck. Auch der Krieg im Nahen Osten soll die Vorherrschaft des US-Imperialismus einzementieren und den chinesischen Vormarsch stoppen.

Trumps Politik gegen Migrant*innen ist besonders brutal. Die mit Millionen Dollar ausgebaute Sondereinheit ICE inhaftiert legal wie illegal im Land lebende Migrant*innen von der Straße und ihren Arbeitsplätzen weg zur Abschiebung. Rasch formierte sich massiver Widerstand der Betroffenen, ihrer Arbeitskolleg*innen und Nachbar*innen. Massenproteste inklusive Streik besonders in Minneapolis zwangen Trump zum Rückzug der ICE-Einheiten aus der Region.

Diese Politik wurde nun fulminant abgewählt. Trump konnte seine Versprechen nicht einlösen. Weder Arbeitslosigkeit noch Inflation sind gesunken. Die Lebenshaltungskosten belasten immer mehr Teile der arbeitenden Bevölkerung und waren ein Hauptgrund für die Wahlniederlage der Republikaner.

Die Demokraten - eine Partei des kapitalistischen Establishments

Die Demokraten sind eng mit wichtigen Teilen des US-Kapitals verbunden. Ihr Apparat ist fest im bürgerlich-kapitalistischen System verankert. Das macht sie genauso unbeliebt wie die Republikaner - nur die Ablehnung von Trumps Politik hat zu ihrem Wahlsieg geführt. Es herrscht ein riesiges Vakuum: in Meinungsumfragen spricht sich mehr als die Hälfte der US-amerikanischen Bevölkerung gegen beide Parteien aus.

Als Reaktion auf Trump und ein wachsendes Interesse an linken Ideen präsentieren sich Teile der Demokraten jetzt linker, als "progressive Demokraten" bzw. als "Demokratische Sozialist*innen" (DSA). Letztere stellt nun rund 35 Abgeordnete im Repräsentantenhaus, eine Handvoll im Kongress und die Bürgermeister*innen von New York und Los Angeles. Diese bilden einen Attraktionspol für viele Jugendliche und v.a. jüngere Arbeiter*innen, die einen grundlegenden Wechsel anstreben.

Ein „sozialistischer" Block dieser demokratischen Abgeordneten könnte ein wichtiger Bezugspunkt im Kampf gegen Trump und die durch und durch kapitalistische Führung der Demokraten sein. Die Abgeordneten könnten organisiert Gesetzesentwürfe im Interesse der Arbeiter*innenklasse und der Gewerkschaftsbewegung einbringen und so Massen von Arbeiter*innen und Jugendlichen mobilisieren. Stellen wir uns vor, sie würden für Anhebung des Mindestlohns auf 30 Dollar/Stunde, Verstaatlichung der Energieversorgung und Banken, für Gewerkschaftsrechte bzw. gegen Rechenzentren, für Mietpreisbremsen und sozialen Wohnungsbau und gegen Kriege kämpfen. Sie könnten den Kampf gegen ICE anführen, Komitees aus Beschäftigten und Gewerkschaften zur Preiskontrolle einsetzen und die spaltenden Angriffe auf demokratische Rechte und die Unterdrückung durch Trump bekämpfen.

Doch all das würde nicht nur eine Konfrontation mit Trump, sondern auch mit der tief kapitalistischen Demokratischen Partei auslösen. Das CWI betont seit langem die Notwendigkeit der Unabhängigkeit von Sozialist*innen von den Demokraten. Solche kommenden Konflikte könnten zusammen mit kämpferischen Gewerkschafter*innen und unabhängigen Linken aus den diversen Bewegungen (gegen ICE, für Frauenrechte, gegen Rassismus etc.) eine neue Partei formieren - eine Partei für Arbeiter*innen und Jugendliche mit einem sozialistischen Programm, die so notwendig wäre, um das Vakuum neben Republikanern und Demokraten zu füllen und eine echte Alternative zu bieten: zum wählen, aber vor allem um die Kämpfe zu führen und zu gewinnen.

Mehr unter:
socialistworld.net
independentsocialistgroup.org

Mehr über die Arbeit des CWI

Die Sozialistische Offensive ist die österreichische Sektion des Komitees für eine Arbeiter*innen-Internationale (CWI/KAI). Auf der CWI-Seite gibt es Analysen und Berichte über Bewegungen, Kampagnen und Proteste und vieles mehr aus allen Teilen der Welt - aus marxistischer Perspektive.

Deutschland zwischen AfD und Linke

Die deutsche Bundesregierung versucht eines der heftigsten Sparpakete seit der Agenda 2010 durchzusetzen, die deutsche Autoindustrie baut Personal ab und macht Lohndruck. Die AfD erzielte bei den Wahlen in Ostdeutschland Rekordergebnisse. Die Linke erreichte bei den Wahlen in Berlin 25,7% bei 20.000 Mitgliedern. Ihre Führung verhandelt mit SPD und Grünen über Regierungsbeteiligung in Berlin und greift innerparteiliche Demokratie und Parteilinke an.



Die deutschen Kapitalist*innen wollen die Beschäftigten zahlen lassen - und die AfD profitiert. Wie positioniert sich Die Linke? Wir haben mit Chiara Stenger, Bundesleitungsmitglied der Sol, CWI in Deutschland, und Parteitagsdelegierte, gesprochen.

Die Medien haben sich auf die Linke, v.a. in Berlin, eingeschossen...

Seit dem Wahlerfolg tobt eine Hetzkampagne gegen Die Linke. Die Kapitalist*innen haben Angst vor einer echten linken Kommunalregierung. Denn sie kann Bewegungen auslösen und Hoffnungen auf soziale Verbesserung wecken. Die Linke hat v.a. mit der Forderung nach Enteignung der Immobilienkonzerne gewonnen. Die Berliner Linken-Führung hätte FÜR Enteignung und GEGEN Kürzungen und Repression gegen die pro-Palästina Bewegung zur Bedingung für Verhandlungen machen können. Stattdessen stimmte sie einem Papier zu, das vielen Parteimitgliedern ins Gesicht schlägt.

Wie steht die Sol dazu?

Das Papier zeigt: Die Regierung soll Kürzungen verwalten. Es enthält zwar die Vergesellschaftung von Immobilien, aber verzögert und unter Finanzierungsvorbehalt. Mit der SPD – die in der Bundesregierung die härtesten Kürzungen seit Jahren verantwortet – und den Grünen lässt sich keine Politik für die arbeitende Bevölkerung durchsetzen. Wo genau gekürzt wird, ist noch unklar. Soziale Einrichtungen sollen Ausgaben begrenzen, Personal- und Sachkosten werden nicht ausgeglichen. Vorgesehen sind jährliche Steuer- und Gebührenerhöhungen von mindestens 400 Millionen Euro; die Beschäftigten tragen die Kosten.

Welche Gefahren birgt das?

Die rot-rote Regierung Anfang der 2000er zeigt, wie Sozialabbau eine linke Partei Glaubwürdigkeit kostet. Trägt sie Kürzungen mit, enttäuscht sie Menschen. Die AfD kann sich noch stärker als Opposition darstellen. Die Linke würde nicht zuletzt die Mitglieder enttäuschen, die beigetreten sind, um der AfD etwas entgegenzusetzen. Angesichts der Wut über die Kürzungen braucht es eine glaubwürdige linke Alternative – und das geht nicht mit SPD und Grünen.

Manche bringen ein AfD-Verbot ins Spiel ...

Ein Verbot löst nichts am Grundproblem und kann sogar das Gegenteil bewirken. Die Bevölkerung bleibt ja unzufrieden. Rechtsextreme können sich unter anderem Namen neu gründen. Zugleich kann ein Verbot auch als Vorwand dienen, gegen Linke vorzugehen. Schon jetzt nimmt staatliche Repression gegen links zu. Wir müssen die Ursachen des AfD-Aufstiegs bekämpfen: Kürzungspolitik - und die Frage, was die Linke dagegen tut.

Was würde eine echte linke Landesregierung tun?

Eine linke Regierung müsste spürbare Verbesserungen umsetzen, Kürzungen ablehnen und Einschnitte rückgängig machen. Preise müssten fallen, massiv in Wohnen, Gesundheit und Soziales investiert, Klassen verkleinert und Bildung für alle ermöglicht werden. Dafür braucht es die Besteuerung großer Vermögen. Der Berliner Volksentscheid für die Enteignung der Immobilienkonzerne müsste konsequent umgesetzt werden. Anschließend können andere Bereiche der Daseinsvorsorge in die öffentliche Hand überführt werden. Vor allem braucht es einen Kampf gegen die Bundesregierung und ihr Sozialmassaker. Das heißt Massenmobilisierungen und Streiks. Eine Landesregierung, die von einer Bewegung getragen wird, kann auch auf Bundesebene Druck erzeugen.

Was können Mitglieder der Linken jetzt tun?

Beim Landesparteitag in Berlin am 31.10. hat sich die Sol gegen das Papier ausgesprochen. Dort wurde aber für Koalitionsverhandlungen entschieden. Alle Parteimitglieder, die unsere Kritik teilen, sollten sich jetzt organisieren. Die Sol arbeitet dafür bundesweit in der Sozialistischen Vernetzung, der Vernetzung der Linken in der Linken (LIDL) Berlin und der offiziellen Parteiströmung AKL (Antikapitalistische Linke). Innerhalb von LIDL wollen wir Diskussionen zum Sondierungsergebnis in möglichst vielen Bezirken und Basisorganisationen. So wollen wir einen koordinierten linken Flügel für eine Klassenkampfwende aufbauen. Das braucht Druck in den Betrieben und auf der Straße. Ein Schwerpunkt soll die Unterstützung des Streiks der Charité-Kolleg*innen und der Widerstand gegen die Bundespolitik sein. Die Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie läuft. Am 20. November findet der internationale Jugendstreik statt. Für kämpferische Politik gibt es also großes Potential.

Mehr unter: solidaritaet.info

Werde aktiv bei der SOZIALISTISCHEN OFFENSIVE

Wofür wir stehen:

• **Wir zahlen nicht** für die kapitalistischen Krisen. Gegen jede Form von Kürzung, Personalabbau und Privatisierung! Wenn sie behaupten, es ist kein Geld da: **Offenlegung aller Finanzunterlagen**, dann sehen wir, wohin der Reichtum geflossen ist, den wir geschaffen haben.

• Für einen **Mindestlohn von 2000.- netto** bei Vollzeit, die automatische Anpassung von Löhnen, Gehältern, Pensionen und Sozialleistungen an die Inflation und Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden/Woche bei vollem Lohn und ausreichend mehr Personal.

• Statt Subventionen für Banken und Konzerne oder Aufrüstung brauchen wir ein **öffentliches Investitionsprogramm** bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Sozialem, Umwelt und Verkehr – finanziert durch die Profite!

• Nein zu jeder Form der Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, Herkunft oder sexueller Orientierung. Gemeinsamer Kampf für **volle Rechte für alle, die hier leben** und für ausreichend Ressourcen für ein unabhängiges, selbstbestimmtes Leben.

• Entschlossener **Widerstand gegen rechte Politik**, egal ob im Parlament durch FPÖ/ÖVP oder auf der Straße durch faschistische Gruppen. Die Gewerkschaft hat eine besondere Verantwortung, gegen die rechte Gefahr und die Spaltung der Beschäftigten aktiv zu werden.

• Schluss mit Sozialpartnerschaft und faulen Deals: Bauen wir in den **Gewerkschaften** von unten Druck auf, um sie **zu echten Kampforganisationen** zu machen. Dazu gehört Streik als Kampfmaßnahme und echte demokratische Urabstimmungen über Verhandlungsergebnisse.

• Kein Vertrauen in SPÖ oder Grüne: sie sind verantwortlich für Sozialabbau und Diskriminierung. Ihre Politik bremst die FPÖ nicht, sondern macht sie stark.

• Für den **Aufbau einer neuen Partei für Arbeiter*innen und Jugendliche mit sozialistischem Programm.** Politische Vertreter*innen dürfen nicht mehr verdienen als ein Durchschnittsgehalt und müssen auch abgewählt werden können.

• Das kapitalistische System funktioniert nicht, es schafft nur Krisen, Umweltzerstörung und Krieg. Die Antwort auf die wachsende Kriegsgefahr ist weder Aufrüstung noch Neutralität, denn Krieg ist eine notwendige Folge von Kapitalismus.

• Deshalb gilt es, den Kampf für dauerhafte und grundlegende Verbesserungen mit einem Bruch mit dem Kapitalismus zu verbinden. **Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig**.

• **Für eine demokratische sozialistische Gesellschaft**. Sozialismus hat nichts mit den stalinistischen Diktaturen in Sowjetunion oder Ostblock zu tun, aber auch nichts mit der Politik der SPÖ. Sozialismus bedeutet, dass die Betriebe in Gemeinbesitz sind und die Wirtschaft demokratisch durch die Arbeiter*innen, die den Reichtum schaffen, geplant und verwaltet wird. Dann stehen nicht mehr Profite, sondern die Bedürfnisse der Mehrheit im Zentrum. Armut, Kriege und die Zerstörung des Planeten sind dann Geschichte. Den Kampf der Arbeiter*innenklasse für eine solche Gesellschaft in Österreich und international zu unterstützen, ist Ziel unserer politischen Arbeit.

Hier geht es zu unserem ausführlichen Programm:

Komm zu unseren Treffen:

Dir gefällt unser Programm? Du willst dich nicht mehr ärgern, sondern endlich selbst etwas tun? Dann komm zu unseren Treffen am Dienstag.
Du kannst **persönlich** kommen - Details hier: www.sozialistischeoffensive.net/Termine
zusätzliche Veranstaltungen findest du auf unserer Homepage und unseren Social Media Kanälen.
oder du kannst **online** teilnehmen - dann schreib uns, damit wir dir den Link zusenden können.



CWI - unsere Internationale

Die Sozialistische Offensive ist Mitglied im „Komitee für eine Arbeiter*innen-internationale“ (KAI, engl. CWI – „Committee for a Workers‘ International“) und steht in den besten Traditionen der SLP. Das CWI setzt sich für die internationale Einheit der Arbeiter*innen ein und organisiert Widerstand und Solidarität über Grenzen hinweg. Unser Ziel ist weltweit der Sturz des kapitalistischen Profitsystems und der Aufbau eines Zusammenschlusses von sozialistischen Demokratien.

www.socialistworld.net

Unterstütze unsere Arbeit

Wir sind politisch und finanziell unabhängig. Uns kann niemand mit Inseraten oder Subventionen das Maul stopfen: wir schreiben, was nötig ist. Aber unsere Arbeit kostet Geld. Wenn du den Kampf gegen Kapitalismus und rechte Politik auch finanziell unterstützen willst, dann spende uns. Einmal oder auch monatlich. Ein Dauerauftrag von 5,-, 10.- oder 20.- pro Monat finanziert z.B. wichtige Flugblätter und du bekommst regelmäßig unsere Publikationen.
IBAN: AT53 2011 1850 2391 0700

Kontakt

Instagram: @sozialistischeoffensive
Facebook: Sozialistische Offensive
Mail: redaktion@sozialistische-offensive.net
Website: sozialistischeoffensive.net

2€/4€ Solidaritätspreis
www.sozialistischeoffensive.net

OFFENSIV

Nr. 30, Winter 2026/27
SOZIALISTISCHE ZEITUNG für Arbeiter*innen und Jugendliche



Albanien, Argentienien, Belgien, Deutschland, Frankreich, Indien, Serbien, Spanien...

Gen Z steht auf!

Komm Vorbei!

Wir treffen uns regelmässig: Auch online-Teilnahme möglich.

DISKUTIEREN, ORGANISIEREN, KÄMPFEN!